



Jürgen Angelow (Hrsg.)

Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan



be.bra
wissenschaft verlag

Jürgen Angelow (Hrsg.)

unter Mitarbeit von
Gundula Gahlen und Oliver Stein

Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan

Perspektiven der Forschung

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg 2011
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag: typegerecht berlin, Berlin
Innengestaltung: Friedrich, Berlin
Schrift: Libertine 10/12 pt
Printed in Germany
ISBN 978-3-937233-68-0

www.bebra-wissenschaft.de
--

Inhalt

Jürgen Angelow

Einleitung 7

Nadine Lange-Akhund

Die Interventionspolitik der Großmächte in Mazedonien vor 1914 13

Alma Hannig

Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor 1914 35

Lothar Höbelt

Der Balkan und die Strategie der Entente 57

Wolfdieter Bihl und Erwin A. Schmidl

Österreich-Ungarns Präsenz und Ambitionen im Nahen Osten 75

Paul G. Halpern

Strategische Perspektiven im östlichen Mittelmeer 111

M. Christian Ortner

Die Feldzüge gegen Serbien in den Jahren 1914 und 1915 123

Gerhard P. Groß

Ein Nebenkriegsschauplatz. Die deutschen Operationen gegen Rumänien 1916 143

Heiko Brendel

Der geostrategische Rahmen der österreichisch-ungarischen
Besatzung Montenegros im Ersten Weltkrieg 159

Nazan Maksudyan

Helden, Opfer, Ikonen: Massenmobilisierung und
osmanische Kinder während des Ersten Weltkriegs 179

Daniel Marc Segesser

Kriegsverbrechen auf dem Balkan und in Anatolien in der internationalen
juristischen Debatte während der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs 193

Tamara Scheer

Manifestation österreichisch-ungarischer
Besatzungsmacht in Belgrad (1916–1918) 211

Stefan Minkov

Der Status der Nord-Dobrukscha im Kontext des
deutsch-bulgarischen Verhältnisses im Ersten Weltkrieg 241

Deniza Petrova

Der Rumänienfeldzug 1916/17 in der bulgarischen Kriegserinnerungskultur 257

Oliver Stein

»Wer das nicht mitgemacht hat, glaubt es nicht.«
Erfahrungen deutscher Offiziere mit den bulgarischen Verbündeten 1915–1918 271

Gundula Gahlen

Deutung und Umdeutung des Rumänienfeldzuges
in Deutschland zwischen 1916 und 1945 289

Anhang

Personenregister 313

Die Autoren 318

Abbildungsnachweis 322

Einleitung

Bereits vor 1914 galt der Balkan als Konfliktregion und »Pulverfass Europas«. Mit der bosnischen Annexionskrise 1908/09, den Balkankriegen 1912/13 und dem Attentat von Sarajevo am 28. Juli 1914 nahm hier eine Entwicklung ihren Lauf, die schließlich im Ersten Weltkrieg mündete. Dieser Krieg gilt als einschneidende politische, wirtschaftlich-soziale und kulturelle Zäsur für Europa und die Welt. Er markierte einen verhängnisvollen Schritt aus der Zivilisation und ist als »Urkatastrophe«¹ beschrieben worden. Es war kein Zufall, dass die entscheidenden Impulse für seinen Ausbruch gerade auf dem »Balkan« gegeben wurden, der sich als dynamischer und unberechenbarer Faktor mit besonders kriegerischen kulturellen Prägungen und damit als »Achillesferse« des europäischen Staatensystems darstellte.

Der Balkan² und die ihn umklammernden Seegebiete der Adria und des östlichen Mittelmeeres bilden den räumlichen Bezugspunkt der hier abgedruckten Beiträge. Damit wird eine Region angesprochen, deren Ausdehnung unterschiedlich definiert wird und einmal die Länder südlich der Donau, ein anderes Mal ganz Südosteuropa, einschließlich Rumäniens, umfasst. Es handelt sich dabei um ein Gebiet, dessen gebirgige Landschaft und Unzugänglichkeit in Verbindung mit der osmanischen Vorherrschaft vom 14. bis ins 20. Jahrhundert die Bildung großer und zentrierter politischer Einheiten erschwerten und verzögerten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts konkurrierten hier nationale Programme, regionale Hegemoniebestrebungen und imperiale Verteilungswünsche von Großmächten. Dabei fungierte die Region nicht nur als Austragungsort divergierender Macht- und Statusinteressen, sie entzog sich gleichermaßen mehr und mehr den Interventionen und Pazifikationsbemühungen der Mächte.³ Diese machtpolitische Kompo-

¹ George F. Kennan: *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875–1890*, Princeton 1979, S. 3.

² Balkan [türkisch: Gebirge; aus den türkischen Silben »bal = Honig und kan = Blut]: Gebirge in Bulgarien, höchste Erhebung 2.376 Meter.

³ Vgl. Jürgen Angelow: *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin 2010, S. 72–81.

nente verweist auf die Notwendigkeit einer politik- und diplomatiegeschichtlichen Erklärung, wobei hier weniger die Darstellung diplomatischer Schachzüge interessiert als deren Einbindung in gesellschaftspolitische Zusammenhänge und Überlegungen der Beteiligten sowie die sich verändernde Struktur des internationalen Systems.

Als Vielvölker- und Kleinstaatenregion wird der Balkan seit jeher von großen ethnisch-kulturellen, religiösen und wirtschaftlich-strukturellen Gegensätzen bestimmt. Diese Zersplitterung und die auch bereits vor dem Ersten Weltkrieg virulente Problematik der bedrohten Minderheiten, die sich aus Nationen herauszulösen und zu »überleben« versuchten, führten zu einer signifikanten ethnischen Aufladung von Konflikten. Vertreibungen, »ethnische Säuberungen« oder der Versuch, andere Nationalitäten zu liquidieren, waren die Folge. Oft gingen militärische Auseinandersetzungen mit gezielten Gewaltaktionen gegen die fremde Zivilbevölkerung einher.⁴ Zur Charakterisierung dieser besonderen Gewaltformen auf dem Balkan ist der Begriff »Balkanisierung« verwendet worden, der den Verfall zivilisatorischer Werte in Konfliktsituationen beschreibt: bewusste Norm- und Tabubrüche im Verhältnis von Kombattanten und Nichtkombattanten sowie massenhafte und gezielte Verstöße gegen die Regeln des Krieges.⁵ So erschien der Balkan als eine kulturelle Bruchzone, die die Grenze zwischen dem Okzident und dem Orient markierte, zwischen dem abendländischen Westen mit seinen stabilen staatlichen Strukturen, einem durchgesetzten staatlichen Gewaltmonopol sowie einer aufgeklärten Geistes-tradition und einem ganz anders gearteten, byzantinisch geprägten Osten, einschließlich der daran geknüpften Sichtweisen, Traditionen, Mentalitäten und sozialen Praktiken. Die Bruchzone dazwischen war weder das eine noch das andere.⁶ Heterogen und oft zerstritten, hatten die hier Ansässigen über Jahrhunderte die unterschiedlichsten Einflüsse aufgenommen und ihre jeweiligen Eigenarten zu behaupten gesucht, in Konkurrenz untereinander und im Kampf gegen äußere Feinde. Begünstigt durch die immerwährende Abwehr von Fremden, die Schwäche und Kurzlebigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie die zentrale Rolle familiärer Bindungen auf örtlicher

⁴ Vgl. Wolfgang Höpken: Gewalt und politische Kultur in Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, in: Zvetana Todorova (Hrsg.): *Collegium Germania I. Probleme der Modernisierung Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert*, Sofia 1994, S. 98–107, hier: S. 102.

⁵ Vgl. Imanuel Geiss: Der Balkan als historische Konfliktregion, in: Jürgen Elvert (Hrsg.): *Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart*, Stuttgart 1997, S. 21–36, hier: S. 25–26.

⁶ Vgl. hierzu die Streitfrage, ob die besondere Entwicklung auf dem Balkan als defizitär interpretiert werden kann (Holm Sundhaussen), oder ob es sich hierbei nur um ein Wahrnehmungsdefizit des Westens handelt, der im Balkan sein eigenes, negatives Alter Ego gesehen habe (Maria Todorova). Vgl. Holm Sundhaussen: *Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 626–653; ders.: *Der Balkan. Ein Plädoyer für Differenz*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 608–624. Die Gegenposition: Maria Todorova: *Der Balkan als Analysekategorie. Grenzen, Raum, Zeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 470–492.



Kriegsschauplatz Balkan, 5. November 1915. Eroberung von Nisch: Der Marktplatz.

Ebene hatten Banden und lokale Gewaltakteure ein besonderes Gewicht gewonnen. Nach den Nationalstaatsbildungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts waren diese mit den sich nunmehr herausbildenden militärischen Eliten eine eigenartige symbiotische Verbindung eingegangen. Die Folge bestand in der Konservierung einer eigenen Gewalt- und Konfliktkultur sowie im arbeitsteiligen Mit- und Nebeneinander von Banden und regulären Einheiten bei kriegerischen Auseinandersetzungen.⁷

Nach der Balkan-Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes im September 2008, deren Beiträge das Spannungsfeld von militärischer Gewalt und Region über einen sehr langen Zeitraum betrachteten,⁸ bestand das Anliegen der diesem Band vorausgegangenen Tagung ein Jahr später darin, vor allem den Ersten Weltkrieg in den Blick zu nehmen und die Besonderheiten der Balkan-Region auszuloten. Bei der Konzipierung der Tagung herrschte bei den Veranstaltern Einigkeit, Wert auf neue Fragestellungen und unterschiedliche Perspektiven zu legen, ohne dabei eine gründliche realgeschichtliche Fundierung zu vernachlässigen. Die Vorträge der Tagung haben sich dem

⁷ Vgl. Holm Sundhaussen: »Wir haben nur Missverständnisse geklärt«. Die Krisenregion Balkan, in: *Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt*, hrsg. von Bernhard Chiari und Gerhard P. Groß, München 2009, S. 27–45.

⁸ Vgl. *Am Rande Europas*.

Leitthema schlaglichtartig und auf sehr verschiedene Weise genähert, sodass unterschiedliche Zugänge deutlich wurden. Zunächst stand der Zusammenhang von politischen Entscheidungen und militärischen Aktionen im Mittelpunkt, wobei das Schwergewicht der Beiträge mal auf der politisch-diplomatischen, mal auf der militärischen Seite dieses Spannungsverhältnisses lag. Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan stellte sich als eine Geschichte politischer Konflikte und Kooperationen, strategischer Dispositionen und militärischer Operationen dar, die mit Waffeneinsatz oft unter schwierigen Gelände- und Wetterverhältnissen bestimmte politische Ziele sollten, die sehr häufig in Konzepten der Vorkriegszeit wurzelten, erzwingen.

Der vorliegende Sammelband geht nicht nur auf die politische Ausgangssituation ein und dokumentiert – so am Beispiel Österreich-Ungarns und Serbiens – bilaterale Belastungen und kurzfristig aktualisierbare Feindbilder der Staaten untereinander dar, sondern wirft auch die Frage nach alternativen Konzepten und Handlungsoptionen auf. Ebenso werden konkurrierende Deutungs- und Handlungsebenen angesprochen, die durch die Internationalisierung der Staatenbeziehungen im ausgehenden 19. Jahrhundert und das Aufkommen von nichtstaatlichen Akteuren und Deutungsansätzen entstanden waren. Interessenkonflikte und Widersprüche setzten sich in den Krieg hinein fort. Doch unter den Voraussetzungen innerer Instabilität, politischer Eifersüchteleien und Blockaden bildeten zusammenhängende und durchgreifende militärische Aktionen auf dem Balkan eher die Ausnahme. Mit der Darstellung des Feldzuges der Mittelmächte sowie Bulgariens und der Türkei gegen Rumänien wird auf einen derartigen Sonderfall eingegangen, wenngleich auch im »Rumänienfeldzug« deutlich wurde, wo die Grenzen einer erfolgreichen Koalitionskriegführung lagen. Die Darstellung wichtiger militärischer Ereignisse vermittelt – ohne dem Prinzip der Vollständigkeit Rechnung tragen zu können – einen Eindruck von den Besonderheiten der Kriegführung in der Region und lädt zu Vergleichen mit dem viel besser erforschten westeuropäischen Kriegsschauplatz nachgerade ein. Die in neueren Forschungen anzutreffende Tendenz, das Phänomen »Krieg« nur noch als kulturelles und soziales Phänomen zu betrachten und der konkreten Darstellung von Gewalthandlungen zu entkleiden, soll in diesem Sammelband keine Fortsetzung finden. Auch in operationsgeschichtlichen Darstellungen wurde der Beweis erbracht, dass in ihnen nicht nur Ereignisbeschreibungen möglich sind, sondern intensive politische, soziale und kulturelle Einbindungen vorgenommen werden können.⁹

Das Verhältnis von Gesellschaft und Krieg – als einem weiteren Zugang – lässt sich auf verschiedenen Ebenen beschreiben. Es manifestiert sich nicht nur im Einfluss verschiedener gesellschaftlicher Prägungen auf Formen der Gewalt oder auf die Ermög-

⁹ Vgl. hierzu Stig Förster: Operationsgeschichte heute. Eine Einführung, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 61 (2002), Heft 2, S. 309–313, hier: S. 311.

lichung von Kriegsverbrechen, wie sie im Sammelband am Beispiel der den Balkan und Anatolien betreffenden juristischen Debatte vorgestellt werden. Gesellschaftliche Konnotationen werden nach Beendigung der Kämpfe auch in der Besatzungspolitik und dem Okkupationsregime sichtbar. Hier lassen sich an verschiedenen Beispielen Handlungsmuster im Verhältnis von Besatzern und Besetzten herausarbeiten; ein weiterführender Vergleich zwischen den westeuropäischen Praktiken und dem Balkan wäre erhellend und sinnvoll. Unter den Voraussetzungen eines auch nach der Brechung des staatlichen Widerstandes nicht aufhebbaren nationalen oder sozialen Gegensatzes erscheint Besatzungsherrschaft vielfach wie die Fortsetzung des Krieges mit nicht konventionellen Mitteln. Gerade in gemischtnationalen Zonen, wie der Dobrudscha, sind rigide Methoden der Beherrschung angewandt worden; die Diskussion der Tagung hat dies verdeutlicht. Das Spannungsverhältnis von Gesellschaft und Krieg lässt sich darüber hinaus auch am Beispiel der Mobilisierung von menschlichen Ressourcen für den Krieg veranschaulichen, wie sie am Beispiel der Inanspruchnahme türkischer Kinder an den Fronten und im Hinterland sowie als symbolische Projektionsfläche gezeigt wird. Das Plädoyer, der Rolle von Kindern im Krieg mehr Aufmerksamkeit und eine vergleichende Betrachtung zukommen zu lassen, kann hier nur unterstrichen werden.

Schließlich wird den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges im kollektiven Gedächtnis und in der Erinnerungskultur der europäischen Nationen nachgegangen. Dieser dritte hier vorgestellte Aspekt verdient künftig noch mehr Aufmerksamkeit. An ihn knüpft sich die Frage nach längerfristigen Wirkungen der Ereignisse auf kollektive Wahrnehmungen und gesellschaftliche Sinnstiftungen. Spätestens seitdem der Balkan 1912/13 stärker in den Fokus der europäischen Öffentlichkeit gerückt war, begannen stereotype Fremdwahrnehmungen das mittel- und westeuropäische Bild der Balkanvölker zu bestimmen. Im Kontakt der Kombattanten während der Koalitionskriege wurden diese Stereotype auf die Probe gestellt und zum Teil gefestigt. Die Zusammenarbeit so unterschiedlicher Armeen blieb problematisch und durch große kulturelle Differenzen belastet. Diese haben auch die nachträgliche Deutung der Ereignisse beeinflusst, obwohl hier der Nachweis erbracht werden konnte, dass die Ereignisse bei den Teilnehmern in den nachfolgenden Jahrzehnten entsprechend den sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen immer wieder umgedeutet und in ihrer Wertigkeit verändert worden sind. Auch der Aspekt der Erinnerungskultur wird im Sammelband angesprochen, schließlich nahm der Erste Weltkrieg nicht nur in den Erzählungen der Teilnehmer, sondern auch in den nationalen Überlieferungen einen zentralen Platz ein und wurde in der offiziellen Propaganda immer wieder für nationale Sinnstiftungen verwendet. Die Reihenfolge der hier abgedruckten Beiträge folgt den eben genannten methodischen Zugängen in systematischer Form, die zeitliche Abfolge der Ereignisse blieb dem nachgeordnet.

Die Texte des vorliegenden Sammelbandes markieren den Ertrag einer Tagung, die im Oktober 2009 in Wien als Kooperation zwischen der Universität Potsdam, der Landesverteidigungsakademie (LVak) und dem Heeresgeschichtlichen Museum Wien (HGM) mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft stattgefunden hat.¹⁰ Der Herausgeber ist diesen Institutionen für ihre Mitwirkung, Gastfreundschaft und Förderung dankbar. Namentlich soll auf die freundschaftliche und reibungslose Zusammenarbeit mit Erwin A. Schmidl (LVak) und M. Christian Ortner (HGM) bei der Vorbereitung und Absicherung der Tagung sowie auf den bedeutenden Beitrag von Claudia Reichl-Ham (HGM) verwiesen werden, die für die Organisation zuständig war. Ebenso möchte sich der Herausgeber bei Melanie Schwerz (Universität Potsdam) für ihre sachkundigen Übersetzungen bedanken. Ein besonderer Dank soll an dieser Stelle Oliver Stein, Gundula Gahlen und Deniza Petrova (Freie Universität Berlin) für viele gute Ideen und ihre Hilfe bei der Be- und Überarbeitung der Beiträge entrichtet werden. Dieser Sammelband steht als Gemeinschaftsprodukt und als Zäsur unserer langjährigen, vertrauensvollen und inspirierenden Zusammenarbeit.

Potsdam im März 2011

Jürgen Angelow

¹⁰ Vgl. Anzeige von Gundula Gahlen: Der Erste Weltkrieg auf dem Balkan. Neue Fragestellungen und Perspektiven, in: H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews, November 2009 (<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=26865>, letzter Zugriff: 09. März 2011).

Die Interventionspolitik der Großmächte in Mazedonien vor 1914

Nadine Lange-Akhund

»In einem Geist der Verbundenheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit wollen wir jene einheitlichen Grundlagen erarbeiten, auf deren Grundlage sich die Regierungen verpflichten, die Verhaltensregeln für ihre bewaffneten Landstreitkräfte zu erstellen.«¹

Diese Worte schrieb einst der Völkerrechtler Fedor Fedorovitsch Martens (1845–1909), einer der wichtigsten russischen Delegierten bei der Ersten Haager Friedenskonferenz von 1899. Diese Konferenz wie auch die im Jahr 1907 veranschaulichte eindrucksvoll den Wandel in der Außenpolitik der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Jener Wandel lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: weg von der militärischen Intervention, hin zu Diplomatie und (internationaler) Schiedsgerichtsbarkeit. Während dieser Zeit veränderten die Großmächte einige der Grundlagen ihrer Politik in Südosteuropa – insbesondere in Mazedonien – auf der Basis eines neuen Konzepts, das sich langsam herauskristallisierte und das man als »gemeinschaftliche Diplomatie« bezeichnen könnte. Nach den großen Krisen in den Jahren 1875 bis 1878 und dem Berliner Kongress widerstrebt es den Großmächten, militärisch in dieser Region in jenem Umfang zu intervenieren, wie sie es zuvor getan hatten. Die Idee, politische Krisen ohne den Einsatz von Kampftruppen einzudämmen, führte daher zur Abgrenzung von »Einflussbereichen« auf dem Balkan. Als Beispiel dafür sei die Einigung zwischen Österreich-Ungarn und Russland im Jahr 1897 genannt. Dieses Konzept blieb bis zum Ersten Weltkrieg einer der zentralen Grundsätze der Politik der Großmächte.

Bis zum Berliner Kongress gab es in der Außenpolitik eine einfache Strategie: die der militärischen Intervention, mit anderen Worten: Krieg. So wurden Kriege geführt zur Unterstützung Griechenlands (1821–30) und später Bulgariens (1877), aber auch im Namen der Verteidigung der Interessen orthodoxer Christen (Russland im

¹ Geoffrey Best: *Humanity in Warfare*, New York 1980, S.165. Vgl. Vladimir Pustogarov: *Our Martens*. F.F. Martens, International Lawyer and Architect of Peace, Den Haag 2000 (aus dem Russischen übersetzt von W. E. Butler).

Krimkrieg, 1853–56). Intervention beinhaltete auch die Absicherung einer Friedensordnung durch die Großmächte, die mit der Unterzeichnung des Dritten Pariser Friedens 1856 für diese Region als Teil des Osmanischen Reiches eine gemeinschaftliche Garantie übernommen hatten.² Diese Absicherung fand in verschiedenen Bereichen konkreten Ausdruck: wirtschaftlich durch Direktinvestitionen, z.B. bei der Modernisierung der Infrastruktur, insbesondere des Schienennetzes und der Häfen, finanziell durch die Gründung der Kaiserlich-Osmanischen Bank 1863, kulturell durch Ausbildungs- und Schulprogramme und im religiösen Bereich durch die Tätigkeit zahlreicher katholischer und protestantischer Missionarsgesellschaften.

Um 1900 bot die besondere Situation in jenem Gebiet, das als Mazedonien bezeichnet wurde, den Großmächten die einmalige Gelegenheit zu einer neuen Politik, die nicht auf einem direkten militärischen Eingreifen oder der Erweiterung von Schutzvorkehrungen beruhte, sondern vielmehr auf gemeinschaftlichen Übereinkünften. In gewisser Weise war die Vereinbarung der Großmächte, die dem Sultan dann 1903 aufgezwungen wurde, ein Experiment. Wer waren die Hauptakteure? Innerhalb der sechs europäischen Mächte bildete sich eine Konstellation heraus, die man als »Zwei plus Vier« bezeichnen könnte. Auf der einen Seite spielten Österreich-Ungarn und Russland aufgrund ihrer geografischen Nachbarschaft sowie ihrer traditionellen und historisch bedingten Beziehungen zu der Region die Hauptrolle. Auf der anderen Seite waren Frankreich, Großbritannien, Italien und das Deutsche Reich, die sich erst seit Kürzerem für die mazedonischen Angelegenheiten interessierten, involviert.³

Innerhalb des Osmanischen Reiches existierte der Name Mazedonien nicht offiziell. Es war eine historische Region bzw. – wie es in Meyer's Konversationslexikon von 1905 hieß – »eine Landschaft von sehr wechselnden Grenzen« und »der eigentliche Tummelplatz des Nationalitätenstreits auf der Balkanhalbinsel«. Aufgrund ihrer strategischen Lage war die Region Interessengebiet der neuen Balkanstaaten Serbien, Griechenland und Rumänien sowie des (bis 1908 formal noch zum Osmanischen Reich gehörenden) autonomen Fürstentums Bulgarien, dazu kam die maßgebliche Einflussnahme durch die regionalen Vormächte Österreich-Ungarn und das Russische Reich. Die »Mazedonische Frage« spiegelte so eine ambivalente Wirklichkeit wider: Es gab

² Die Ursprünge der Intervention der Großmächte im Osmanischen Reich gehen zurück auf das Jahr 1856, als die Signatarstaaten im Friedensvertrag von Paris die Unabhängigkeit und territoriale Zusammengehörigkeit des Osmanischen Reiches garantierten (Artikel 7). Vgl. Robert Mantran: *Histoire de L'Empire Ottoman*, Paris 1989, S. 509.

³ Man könnte freilich auch argumentieren, dass die Tradition der engen Verbindungen zum Osmanischen Reich ebenso auch auf Frankreich zutraf, das seit dem 16. Jahrhundert (unter König Franz I. und Sultan Süleyman »dem Prächtigen«) immer wieder Kontakte zur Pforte unterhielt, wie auf Italien, das sich auf das Engagement der Republik Venedig in dieser Region schon im 13. bis 15. Jahrhundert berufen konnte.

kein »einzelnes Mazedonien«, sondern viele: Da war das geografische Mazedonien, dann das administrative Mazedonien, das die drei osmanischen *Vilâyets* Salonica, Monastir und Üsküb umfasste,⁴ die multiethnische Bevölkerung Mazedoniens mit etwas weniger als drei Millionen Menschen und das religiöse Mazedonien, geteilt in zwei Kirchen, das Patriarchat und das Exarchat, ganz zu schweigen von der Spaltung christlicher und muslimischer Teile der Bevölkerung. Letztlich waren um 1900 für die Existenz von Mazedonien als potenzieller Staat zwei wesentliche Punkte entscheidend: der Aufbau und die Anerkennung einer nationalen Identität sowie dessen Grenzen.

Im Folgenden soll nun eine neue Lesart der »Mazedonischen Frage« angeboten werden: Die Komplexität dieser Frage stand am Anfang der ersten konzertierten europäischen Intervention »neuer Art«, die zwei Formen annahm. Die Erste war der Versuch einer gemeinschaftlichen Diplomatie mit dem »Mürzsteger Programm« von 1903. Die Zweite folgte zehn Jahre später, nachdem die Auswirkungen der Kriege auf die Zivilbevölkerung von der Carnegie Foundation durch die Publikation einer Untersuchung infolge der Kriege von 1912/13 öffentlich angesprochen wurden. Diese zwei Beispiele sind nicht unmittelbar miteinander verbunden, befassen sich aber beide mit den Problemen, die die »Mazedonische Frage« – eine der komplexesten, brennendsten und bedeutendsten Fragestellungen dieser Zeit – aufwarf. Beide repräsentieren einen neuen Ansatz der Politik der Großmächte, die auf der Grundlage von Verhandlungen und dem gemeinschaftlichen Vorgehen unter einem anerkannten internationalen Mandat beruhte.

Im Jahr 1903 startete die »Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation« (IMRO) einen Aufstand, der auch als »Ilinden-Aufstand« bekannt wurde und drei Monate, von August bis Oktober, währen sollte. Er endete mit der vollständigen Zerschlagung der revolutionären Kräfte. 1893, zehn Jahre zuvor, war die IMRO durch eine Gruppe von sechs jungen Intellektuellen (Lehrer, Bibliothekare, Schriftsteller) gegründet worden, um Mazedonien von der osmanischen Herrschaft zu befreien und die Unabhängigkeit oder zumindest einen autonomen Status für alle Einwohner der drei osmanischen *Vilâyets* zu erreichen. Die Ziele der Mazedonischen Aufstandsbewegung IMRO um 1900 umfassten zwei Bereiche. Einerseits führte die IMRO, getragen vor allem von Lehrern und Intellektuellen, einen Propagandakampf, um durch Aufklärung eine mazedonische Identität zu schaffen, die Grundlage eines Aufstands werden konnte. Andererseits sollte ein bewaffneter Kampf gegen jedwede osmanischen Inter-

⁴ Da diese Arbeit die Politik der Großmächte hauptsächlich mithilfe von diplomatischen Archiven untersucht, werden in der Folge die damals gebräuchlichen Ortsnamen verwendet, die auch in den diplomatischen und militärischen Berichten enthalten sind: also Monastir und nicht Bitola, Manastir oder Manastiri; Salonica und nicht Thessaloniki, Selanik oder Solun; Üsküb und nicht Skopje oder Shkupi.

essen und Strukturen geführt werden, der sich auf ein dichtes Netzwerk revolutionärer Gruppen und Kämpfer, die sogenannten *comitadjis*, stützen konnte. Schon bald nachdem die Anführer ein Klima eines »dauerhaften Aufstands« etabliert hatten, machte sich der Einfluss der IMRO bemerkbar.

Die Vertreter der Großmächte registrierten endlose Listen von Kampfhandlungen, Angriffen, Massakern und verschiedenste Formen von Gewalt sowie einen allgemeinen Verfall von Recht und Ordnung. Dennoch blieb der Einfluss der IMRO alles in allem begrenzt. Hatte die IMRO es geschafft, ein mazedonisches Nationalgefühl zu erwecken? Die Antwort ist wahrscheinlich »nein«. Einer der Hauptgründe für die rasche Niederschlagung der Erhebung im Jahr 1903 war wohl, dass die Bewegung es nicht vermochte, die »Mazedonier« mit einem Impuls als ein gemeinsames Volk wachzurütteln. Hinzu kamen Differenzen zwischen den Anführern sowie der plötzliche Tod des charismatischen Gotze Delchev (1872–1903), der bei einem Kampf gegen osmanische Soldaten im Mai 1903 getötet wurde, wenige Wochen, bevor der Aufstand ausbrach.

Von Anfang an wurde der Aufstand im Ausland intensiv beobachtet. Die Großmächte wurden von ihren eigenen diplomatischen und konsularischen Vertretern sowie von den osmanischen Behörden laufend über die Geschehnisse informiert. Dazu kamen die Berichte bzw. die Propaganda, die die IMRO selbst ins Ausland schickte und in denen »die barbarischsten Taten«⁵ der osmanischen Soldaten angeprangert wurden. In Athen, Belgrad und Sofia wurden Zusammenkünfte von verschiedenen mazedonischen Verbänden organisiert, die lautstark gegen die Mörder derer protestierten, die sie als ihre Brüder betrachteten. In ganz Europa, von London bis nach Rom, berichtete die Presse täglich über den Fortschritt des Aufstandes und informierte die Öffentlichkeit – ob es *Le Temps*, *Le Matin* oder *L'Illustration* in Paris waren, die *Neue Freie Presse* in Wien oder die *The Daily News* und *The London Times* in London.

Ende 1903 war Mazedonien zu einer internationalen Angelegenheit geworden. Aus der Sicht der IMRO war dies trotz des Scheiterns des Aufstandes ein diplomatischer Teilerfolg, da damit die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die »Mazedonische Frage« gelenkt wurde. Österreich-Ungarn und Russland spielten bei der Internationalisierung der »Mazedonischen Frage« eine entscheidende Rolle. Beide Regierungen lehnten einen Militäreinsatz ab, versuchten aber, ihre besondere Stellung in den mazedonischen Angelegenheiten auf der Grundlage des 1897 für den Balkan akkordierten Status Quo aufrechtzuerhalten.⁶ Der k.u.k. Außenminister Agenor Graf Gołuchowski stand der

⁵ Documents on the Struggle of Macedonian People for Independence and a Nation-State, Skopje 1985, vol. 1, S. 435f.

⁶ Das Abkommen von 1897 zwischen Russland und Österreich-Ungarn hatte die Form eines Notenwechsels zwischen dem 4. und 17. Mai.

Einmischung der anderen Mächte in einen Bereich, der seiner Ansicht nach ausschließlich österreichisch-ungarisches und russisches Einflussgebiet war, ablehnend gegenüber. Dennoch mussten Wien und Sankt Petersburg einlenken, als Frankreich und Großbritannien stärkeres Interesse an der Situation in Mazedonien an den Tag legten, und schlugen eine internationale Konferenz und die Einsetzung eines christlichen Gouverneurs vor.⁷ Das Ergebnis war das bei einem Treffen von Zar Nikolaus II. mit Kaiser Franz Joseph I. im Oktober 1903 im Jagdschloss Mürzsteg in der Steiermark vereinbarte – und nach diesem benannte – Programm. Ziel der gemeinsamen Initiative Österreich-Ungarns und Russlands war es, die anderen Großmächte, namentlich die Signatarmächte des Berliner Vertrages von 1878 – Frankreich, Großbritannien, das Deutsche Reich und Italien – in der Mazedonischen Frage mit einzubeziehen, gleichzeitig aber deren Rolle und Einfluss so weit wie möglich zu begrenzen, sie gewissermaßen als »eingeschränkte Partner« anzuerkennen.⁸ Nach einigen Wochen intensiver Verhandlungen und unter der Drohung einer neuerlichen internationalen Flottendemonstration akzeptierte Sultan Abdülhamid II. (1842–1918) am 25. November 1903 widerstrebend den Reformplan. Damit wurden die drei mazedonischen *Vilâyet*s unter die internationale Kontrolle der sechs europäischen Mächte gestellt.⁹

Das Abkommen von Mürzsteg beinhaltete zwei Grundsätze. Das kurzfristige Ziel war die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung in allen drei *Vilâyet*s so schnell als möglich unter Mitwirkung der osmanischen Behörden. Der zweite Grundsatz war die Durchführung einer Reihe von Reformen unter Aufsicht ausländischer Beamter, die es den Christen ermöglichen sollten, an den Entscheidungen aller Institutionen im gleichen Maße wie die Muslime teilnehmen zu können.

Der erste Artikel des Mürzsteger Programms sah vor, dass Russland und Österreich-Ungarn je einen »Zivilagenten« ernannten, die den osmanischen Generalinspekteur bei der Umsetzung des Programms unterstützen sollten. Der für Mazedonien eingesetzte Generalinspekteur, Hüsseyin Hilmi Pascha (1855–1922 – später, 1912–18, der letzte türkische Botschafter in Wien), genoss die Achtung der Mächte und das Vertrau-

⁷ Weisung Gołuchowski an Aehrenthal, Wien, 4. September 1903 (Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (in der Folge: HHStA), Politisches Archiv (PA) 12: Türkei, Karton 316.

⁸ Diese Position wurde durch den russischen Außenminister (1900–06) Wladimir Nikolajewitsch Graf Lamsdorf (1845–1907) und seinen k. u. k. Amtskollegen (1895–1906) Agenor Graf Gołuchowski (1849–1921) vertreten.

⁹ Präzedenzfall für dieses Vorgehen war die Intervention auf der Insel Kreta 1897. Infolge der Unruhen und dem kurzen griechisch-türkischen Krieg von 1897 wurde die Insel unter Kontrolle der sechs Großmächte gestellt. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zogen ihre Truppen allerdings schon 1898 zurück, weil sie die Einsetzung eines griechischen Prinzen als Gouverneur ablehnten. Vgl. Berthold Sutter: Die Großmächte und die Erhaltung des europäischen Friedens zu Beginn der Kreta-Krise von 1897, in: Südostforschungen 21, München 1962.

en des Sultans. Ihm zur Seite standen Heinrich Müller von Roghoj (1853–1905) aus Wien, ein in Balkanfragen erfahrener Diplomat, und der russische Beauftragte Nicolas Demerik, der zuvor in Beirut und Monastir gedient hatte, dessen Gesundheitszustand allerdings sehr schlecht war. Die beiden Zivilagenten beschafften Geldmittel, um den Flüchtlingen zu helfen, führten Inspektionsreisen innerhalb der drei *Vilâyets* durch, empfangen christliche Delegationen und behandelten deren unzählige Anliegen. Sie waren grundsätzlich vom Generalinspekteur abhängig und konnten nicht selbständig in die Verwaltung eingreifen. Daher konnten sie nur begrenzte Ergebnisse vorweisen, hatten aber immerhin einigen moralischen Einfluss auf Hilmi Pascha. Wie es Professor René Pinon einige Jahre später ausdrückte, waren sie »das europäische Gewissen des Generalinspektors«¹⁰.

Ein wesentlicher Punkt des Abkommens war – gemäß Artikel Zwei – die Reform der Verwaltung und vor allem der Polizei und Gendarmerie. Dazu wurde Mazedonien in fünf Sektoren unterteilt, von denen jeweils einer unter die Kontrolle einer der Großmächte gestellt wurde: Österreich-Ungarn, Russland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Das Deutsche Reich lehnte es mit Rücksicht auf die guten Beziehungen zum Sultan ab, einen Sektor zu übernehmen, dafür leitete der deutsche Major von Alten die neue Polizeischule in Salonika. Der italienische General Emilio Degiorgis (1844–1908) wurde zum »Général réorganisateur« der Gendarmerie ernannt und kam am 1. Februar 1904 in Konstantinopel an; nach seinem Tod 1908 folgte ihm (bis 1911) General Mario Nicolis de Robilant (1855–1943). Insgesamt 48 Offiziere wurden zwischen 1904 und 1908 nach Mazedonien geschickt.¹¹ Diese Offiziere leiteten in allen Sektoren Inspektionen und beantragten die Entlassung inkompetenter örtlicher Beamter und Polizisten. Grundsätzlich waren sie allerdings, ähnlich wie die beiden Zivilagenten des Generalinspektors, Berater und Beobachter ohne exekutive Befugnisse.¹²

Wenn man das Mürzsteger Programm sowie die umfangreiche diplomatische Korrespondenz genau betrachtet, scheint es, dass einige der darin enthaltenen Ideen im Widerspruch zu anderen Formulierungen des neun Artikel umfassenden Textes stehen. Auf der einen Seite wurde, wie schon erwähnt, ein Militäreinsatz nicht in Betracht gezogen. Der Schriftverkehr zwischen Graf Gołuchowski und seinem Botschafter in Sankt Petersburg, Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal (1854–1912), zeigt deutlich, dass

¹⁰ René Pinon: *L'Europe et l'Empire Ottoman, les aspects actuels de la question d'Orient*, Paris 1909, S. 176.

¹¹ Dazu ausführlich Nadine Lange-Akhund: *The Macedonian Question 1893–1908. From Western Sources*, New York 1998, bes. S. 167.

¹² Dies wird im Bericht des französischen Obersten Verand vom 15. Juli 1905 deutlich: »Vous êtes des directeurs, des contrôleurs, des inspecteurs, mais pas des commandants.« (Service Historique de Défense/Service Historique de l'Armée de Terre in Paris-Vincennes (in der Folge SHAT), 7N1647).

weder Österreich-Ungarn noch das Zarenreich Krieg als eine Option ansahen.¹³ Diese pragmatische Einstellung in Wien und Sankt Petersburg wurde durch das zunehmende Interesse gestützt, das Paris und London an der Situation in Mazedonien zeigten.

Andererseits aber gibt es auch eine Verbindung zwischen der gemeinschaftlichen Vorgehensweise der Mächte in Mazedonien und einer größeren, weiterreichenden Bewegung, die sich zur selben Zeit entwickelte: der internationalen Friedensbewegung, die auf der europäischen Bühne seit Ende des Krimkriegs verstärkt in Erscheinung trat, und der durch sie verstärkten Tendenz zu einer internationalen Gesetzgebung.

Die Friedensbewegung – wie sie schon in ihren frühesten Anfängen während der 1820er Jahre bezeichnet wurde – verband die Überzeugung von wirtschaftlich-liberalen Prinzipien wie freiem Handel, kommerziellem Erfolg und industriellem Fortschritt mit der Ansicht, dass einzig und allein Frieden den Wohlstand garantieren könne. Kriege führten nicht nur zu Verlusten an Menschenleben und Hab und Gut, sondern auch zu wirtschaftlichem Niedergang. Deshalb schien es wichtig, den Frieden zu bewahren. Instrumente dazu waren gemeinschaftliche Diplomatie und die Aufstellung international verbindlicher Gesetze. Mehrere erfolgreiche Unternehmer vor allem aus Großbritannien und den USA wie Andrew Carnegie traten in die vordersten Reihen der Friedensbewegung. Ihre Ideen wurde auch von Diplomaten und höheren Beamten aufgenommen, wie dem eingangs erwähnten Friedrich Martens aus Russland, einer der ersten und führenden Völkerrechtler seiner Zeit. Diese »Internationalisten« waren überzeugt davon, dass friedvolle transnationale Beziehungen dabei helfen könnten, verschiedenste Auseinandersetzungen zwischen den Staaten, aber auch interne Konflikte wie ethnische bzw. nationale oder Volkstumsfragen ohne Gewaltanwendung zu lösen. Pragmatisch gesehen war das nicht ein Versuch, Kriege generell zu unterbinden, sondern vielmehr Regeln für die Kriegführung festzuschreiben und eine internationale Gesetzgebung vorzubereiten.¹⁴ Man erwartete nicht, dass das Phänomen Krieg sofort gänzlich verschwinden würde, wollte Kriege aber wenigstens durch Regeln »einhegen« und humaner gestalten. Internationale, von gemeinschaftlicher Diplomatie getragene Interventionen sollten überdies Spannungen abbauen, Krisen entschärfen und den Ausbruch von Konflikten verhindern.

Das Bemühen um eine verbindliche internationale Gesetzgebung kam bei mehreren europäischen Konferenzen, die nach 1856 abgehalten wurden, zum Tragen. Er-

¹³ Vgl. Instruktion für die Zivilagenten, Konstantinopel, 27. Dezember 1903 (HHStA, PA 12/316).

¹⁴ Eine sehr wichtige Arbeit zu den Ursprüngen der Friedensbewegung stammt von Professor Peter Holquist: *The Russian Empire as a »Civilized State«: International Law as Principle and Practice in Imperial Russia 1874–1878*. Conference Paper, Columbia University 2007.

wähnt seien nur die Genfer Konvention von 1864 über den Schutz der Verwundeten im Krieg (die Schaffung des Komitees des »Roten Kreuzes«), die Deklaration von Sankt Petersburg 1868 über das Verbot von Explosivgeschossen, die Brüsseler Konferenz von 1874 (auf der allerdings keine Einigkeit über die russische Initiative erzielt werden konnte, Regeln für militärische Kriegführung zu erstellen), die Erste Konferenz von Den Haag (die zur Einführung des Ständigen Schiedsgerichtshofs führte) 1899 und die Zweite Konferenz von Den Haag 1907.¹⁵ Die meisten dieser Avancen wurden auf russische Initiative hin einberufen. Besonders wichtig war die Haager Friedenskonferenz von 1899, ein unmittelbares Ergebnis der als »Zarenmanifest« oder »Rescript« bekannten Denkschrift des Zaren Nikolaus II. vom August 1898. Zu den Hauptthemen, die von mehr als 100 Delegierten aus 26 Staaten erörtert wurden, gehörten gesetzliche Regelungen der Landkriegführung, des Rüstungswettlaufs und der Beschränkung von Waffen. Im 1899 beginnenden Krieg in Südafrika wurde die Einhaltung dieser Regeln ein wichtiges Thema. Allerdings schrieb schon Geoffrey Best, dass »die Friedensbewegung gegen den Strom anschwamm«¹⁶ – letztlich erwiesen sich die Kriegsbefürworter als stärker. In gewisser Weise blieb die Ablehnung der militärischen Option im Zusammenhang mit Mazedonien 1903 eine Ausnahme, wie zahlreiche Kriege dieser Epoche beweisen – darunter der Griechisch-Türkische Krieg 1897, der Spanisch-Amerikanische Krieg 1898, der Südafrikanische Krieg 1899–1902, die internationale Intervention in China im Gefolge des Boxeraufstandes 1901 oder der Russisch-Japanische Krieg 1904/05. 1906 wurde die Ernennung des Grafen Aehrenthal zum k. u. k. Außenminister und jene von Franz Conrad von Hötzendorf zum Chef des k. u. k. Generalstabs als Zeichen einer Radikalisierung gesehen und als Bruch mit der subtilen Außenpolitik Österreich-Ungarns, die Graf Gołuchowski zuvor verfolgt hatte, wahrgenommen.

Wie sehr finden sich die Ideen der Friedensbewegung im Mürzsteger Programm? Es handelte sich bei dem Programm um einen relativ kurzen Text, ohne Einleitung oder Präambel. Die neun Artikel sind eine Auflistung von »Richtlinien«, die den osmanischen Behörden in einem sehr bestimmten und harten Ton vorgeschrieben wurden. Vier der neun Artikel beziehen sich direkt auf die Lebensbedingungen von Zivilisten im Krieg. Artikel 1 befasst sich mit den Bedürfnissen der christlichen Bevölkerung angesichts der Auswirkungen des Aufstandes und verurteilt die Willkür der osmanischen Beamten. Eine gemischte Kommission, die zu gleichen Teilen aus Christen und Muslimen bestand, sollte in jedem *Vilâyet* die Gewalttaten untersuchen, die – politisch motiviert oder nicht – während der Revolte verübt wurden (Artikel 5). Die Belange der

¹⁵ Zu den Details siehe Holquist: *The Russian Empire as a »Civilized State«*.

¹⁶ Best: *Humanity in Warfare*, S. 131.

Flüchtlinge und der Vertriebenen werden explizit im Artikel 6 thematisiert, wo die Rückkehr der etwa 30.000 bis 50.000 Flüchtlinge – hauptsächlich aus Bulgarien – angesprochen und die Kooperation mit den bulgarischen Behörden erwähnt werden.¹⁷ Die Wiedererrichtung von Schulen, Kirchen und Häusern wird ebenso im Detail diskutiert. Eine Steuerbefreiung für Christen, deren Häuser abgebrannt werden, bringt das Anliegen, den Opfern beizustehen und deren Lebensbedingungen zu verbessern, zum Ausdruck (Artikel 7). Schließlich werden die miserablen täglichen Lebensumstände der Opfer und Flüchtlinge in zahlreichen Berichten der Zivilagenten ausführlich beschrieben.¹⁸ Viele protestantische und katholische Hilfsmissionen arbeiteten ohne Unterbrechung den ganzen Winter hindurch, um ihre Hilfeleistungen, die Lieferungen von Nahrung und Kleidung sowie vorübergehende Krankenhausaufenthalte mit den Zivilagenten und den Konsuln abzustimmen.¹⁹

Die Mission der Offiziere der Großmächte beinhaltete auch einen humanitären Aspekt. 1903 bezeichnete Graf Gołuchowski in einer Weisung an den Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherrn (später Graf) von Calice, die Mürzsteger Beschlüsse als »humanitäre Aktion«²⁰. Daneben betonte er die »pazifikatorische Aktion«, um die Ordnung wiederherzustellen. Müller von Roghoj betonte, dass jene, die während des Aufstandes alles verloren hatten, verzweifelt darauf warteten, einen ausländischen Offizier in voller Uniform zu sehen als Beweis für das Engagement der Großmächte.²¹ Aus österreichisch-ungarischen sowie französischen Berichten geht hervor, dass die meisten Offiziere von der elenden Lage, in der sich die Bevölkerung befand, entsetzt waren. In diesem Sinne berichteten zwischen 1905 und 1906 Hauptmann Falconetti aus dem *Sandjak* (Bezirk) von Serres (*Vilâyet Salonica*) und der k. u. k. Major Gustav Hubka.²² Sie waren sich der Wirkung ihrer Anwesenheit besonders auf die christlichen Bürger sehr wohl bewusst. Die Reaktionen der Bevölkerung, ob Christen bzw. Muslime sich den fremden Offizieren gegenüber freundlich oder feindselig verhielten, wurden regelmäßig in den Treffen erwähnt, welche die Militärkommission einberief, die für die Beaufsichtigung der Reform der Polizei-Gendarmerie verantwortlich war.

¹⁷ Vgl. Bericht Bougarel an Delcassé, Sofia, 7. Oktober 1903 (Archives du Ministère des Affaires Étrangères in Paris (künftig: AMAE), Correspondance Politique (CP) Turquie, vol. 37). Etwa 20.000 Flüchtlinge waren in Bulgarien, davon 5.000 im berühmten Rila-Kloster. Die Kosten für den Lebensunterhalt der Flüchtlinge waren inzwischen zu einer wichtigen Frage für die Regierung in Sofia geworden.

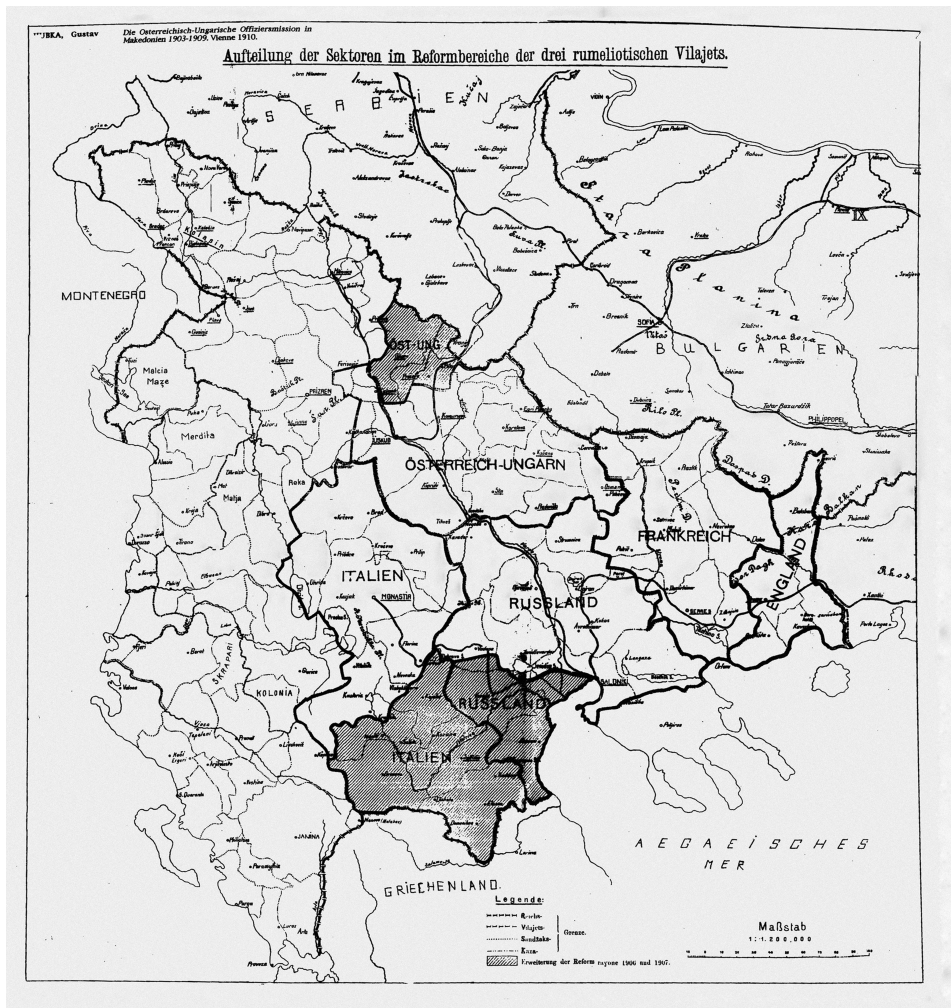
¹⁸ Vgl. dazu die Berichte der Zivilagenten 1904–08, HHStA: PA 39 (zwei Kartons).

¹⁹ Vgl. Berichte Gauthier an Delcassé, Monastir, 22. und 30. Oktober 1903 (AMAE, CP Turquie, vol. 38).

²⁰ Weisung Gołuchowski an Calice, Wien, 8. Oktober 1903 (HHStA: PA 12 Türkei, vol. 316).

²¹ Vgl. Bericht Müller an Gołuchowski, 5. März 1904 HHStA: PA 39/2 Salonika).

²² Vgl. Berichte Falconettis 1905/06 (SHAT 7N1647); Gustav Hubka: Die Österreichisch-Ungarische Offiziersmission in Makedonien, Wien 1910.



Karte aus: Gustav Hubka: Die Österreichisch-Ungarische Offiziersmission in Makedonien, Wien 1910.

Ein zentraler Aspekt des Müritzsteger Programms war das Bemühen, die Eskalation des Konflikts in Mazedonien – etwa durch ein bulgarisches Eingreifen – durch eine gemeinsame Intervention der Großmächte zu verhindern. Russland hatte schon zu Beginn des Aufstandes vorgeschlagen, Sofia im Namen aller Vertragsmächte des Berliner Kongresses von 1878 vor einem Eingreifen zu warnen.²³ Aus den diplomatischen Akten geht hervor, dass die Mächte nicht zwischen der in Bulgarien ansässigen mazedo-

²³ Vgl. Bericht Bompard an Delcassé, Sankt Petersburg, 27. August 1903 (AMAE: CP Turquie, vol. 36).

nischen revolutionären Organisation, dem 1895 gegründeten »Höchsten Komitee« und der innerhalb Mazedoniens operierenden Aufstandsbewegung IMRO unterschieden. Sie machten vielmehr die bulgarische Regierung für die Schwierigkeiten verantwortlich. Diplomaten aus St. Petersburg warnten vor einem möglichen Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und Bulgarien. Da die Mächte entschlossen waren, eine militärische Lösung zu vermeiden, sahen sie die Lösung des Problems in der Durchsetzung von Reformen innerhalb der osmanischen Administration. Die Schwierigkeiten und Unsicherheiten waren in Mazedonien seit mehreren Jahren an der Tagesordnung gewesen; die Idee, Reformen unter kollektiver Aufsicht durchzuführen, war in diplomatischen Berichten schon im Jahr 1896 aufgetaucht.²⁴ Für Mazedonien gab Louis Steeg, der französische Konsul in Salonika, im Dezember 1902 zu Bedenken, ausländische Inspektoren zur Überwachung der Sicherheit einzusetzen sowie ausländische Ausbilder, um die Gendarmerie zu kommandieren.²⁵ Ein Jahr später, im September 1903, schlug Lord Lansdowne, der britische Außenminister, die Nominierung eines christlichen Gouverneurs vor, der von außerhalb des Balkans bestimmt werden sollte.²⁶ Ein christlicher Gouverneur war bereits 1878 in Ostrumelien (Bulgarien) eingesetzt worden, ähnlich der griechische Prinz Georg 1898 in Kreta. In der Tat kann die Umsetzung des Mürzsteger Programms als Fortsetzung des österreichisch-russischen Plans gelten, der dem Sultan im Februar 1903 aufgezwungen worden war.²⁷

Auch das Konzept, neutrale ausländische Offiziere zur Reform der lokalen Gendarmerie und Polizei einzusetzen, war nicht neu.²⁸ Ab März 1903 wurden zuerst sechs Offiziere aus Norwegen, Schweden und Belgien nach Mazedonien entsandt. Der österreichisch-ungarische bzw. russische Plan vom Februar 1903 hatte vorgesehen, dass die osmanische Regierung »ausländische Spezialisten«²⁹ einstellen sollte, um die Gendarmerie zu reorganisieren. Ursprünglich hatte Frankreich vorgeschlagen, Militärattachés zu entsenden; dies war aber von den anderen Großmächten sofort abgelehnt worden. Der Sultan selbst wollte Offiziere aus neutralen Staaten einstellen, die keine direkten

²⁴ Insgesamt entsprach das durchaus der parallelen Vorgangsweise in Kreta ab 1897, nur erfolgte die Durchsetzung der Reformen dort teilweise im Rahmen der militärischen Intervention und unter Präsenz einer fast 20.000 Mann starken internationalen Friedenstruppe.

²⁵ Vgl. Bericht Steeg an Delcassé, Salonika, 15. Dezember 1902 (AMAE CP Turquie, vol. 29).

²⁶ Vgl. Lange-Akhund: *The Macedonian Question 1893–1908*, S. 142.

²⁷ Drei vorangegangene Beispiele können hier genannte werden: die internationale Kommission, die nach Bulgarien entsandt wurde, um mögliche Grenzziehungen zu eruieren (1878), die Reformen in Armenien (1895/96) und die internationale Intervention in Kreta (1898/99).

²⁸ Vgl. dazu Erwin A. Schmidl: *Police in Peace Operations* (Informationen zur Sicherheitspolitik 10), Wien 1998, S. 17. Es war ebenso Teil des Reformprogramms für Kreta 1897 gewesen.

²⁹ Bericht des Commandant Dupont, Konstantinopel, 30. Juni 1905 (SHAT 7N1635).

Interessen in der Region hatten, und fragte daher bei der schwedischen Regierung an.³⁰ Russland, Frankreich und Österreich-Ungarn kritisierten allerdings die Entsendung von Offizieren aus neutralen Staaten – so warf ihnen der k. u. k. Botschafter Calice mangelnde Kompetenz und Unkenntnis der Balkan-Angelegenheiten vor; er hätte lieber die »Italienischen Carabinieri«³¹ gesehen, die sich bereits auf Kreta bewährt hatten.

Die kollektive Intervention hatte noch zwei weitere Facetten: Artikel 8 sah eine Reform des Finanzwesens und der Justiz vor, doch wurden beide nur teilweise umgesetzt.³² Ende 1905 wurde eine Finanz-Kommission eingesetzt, die die Einnahmen, Ausgaben und das Budget der drei *Vilâyets* der direkten Kontrolle von Hilmi Pascha und seiner beiden Zivilagenten sowie eben dieser internationalen Kommission unterstellte. Die vier Delegierten der Kommission wurden von Frankreich, Großbritannien, Italien und dem Deutschen Reich gestellt – zusammen mit den beiden Zivilagenten waren somit alle sechs Mächte des »Europäischen Konzerts« vertreten. Die Gründung dieser Kommission bedeutete daher in gewisser Weise auch das Ende des exklusiven Einflusses, den Wien und St. Petersburg bis dahin in der Mazedonischen Frage auf Grundlage des Mürzsteger Programms besessen hatten. Damit endete faktisch auch die stillschweigende Aufteilung der Interessensphären zwischen Österreich-Ungarn und Russland aus dem Jahre 1897.

Zwei Jahre später, 1907, veranlasste der russische Außenminister Alexander Iswolsky eine weitere Initiative. Sein Botschafter in Konstantinopel, Ivan Zinoviev, schlug den anderen Großmächten vor, eine internationale Kontrolle über die mazedonische Justiz einzuberufen. Nach einem komplexen Plan sollten sechs Inspektoren die Justizverwaltung überwachen und selbst der Finanz-Kommission unterstellt werden. Doch gelangte dieser Plan trotz einiger erfolgreicher Vorgespräche zwischen den Botschaftern der sechs Mächte in Konstantinopel nicht zur Durchführung, da es zu keiner Einigung über den Nominierungsprozess kam. Das Projekt wurde schließlich im Februar 1908 ad acta gelegt.

Was waren die Bedeutung und der Geist der Mürzsteger Punktationen? Erstens wurde damit ein Teil des Osmanischen Reiches der direkten Kontrolle der sechs Großmächte unterstellt, wenn auch mit zögerlicher Zustimmung des Sultans. Zweitens trug das Programm dazu bei, die drei *Vilâyets* als eine Region und »Mazedonien« als poli-

³⁰ Vgl. Bericht Marchand an Delcassé, Stockholm, 29. März 1903 (AMAE CP Turquie, vol. 32).

³¹ Bericht Calice an Goluchowski, Yenokoj, 7. September 1903 (HHStA: PA 12/319).

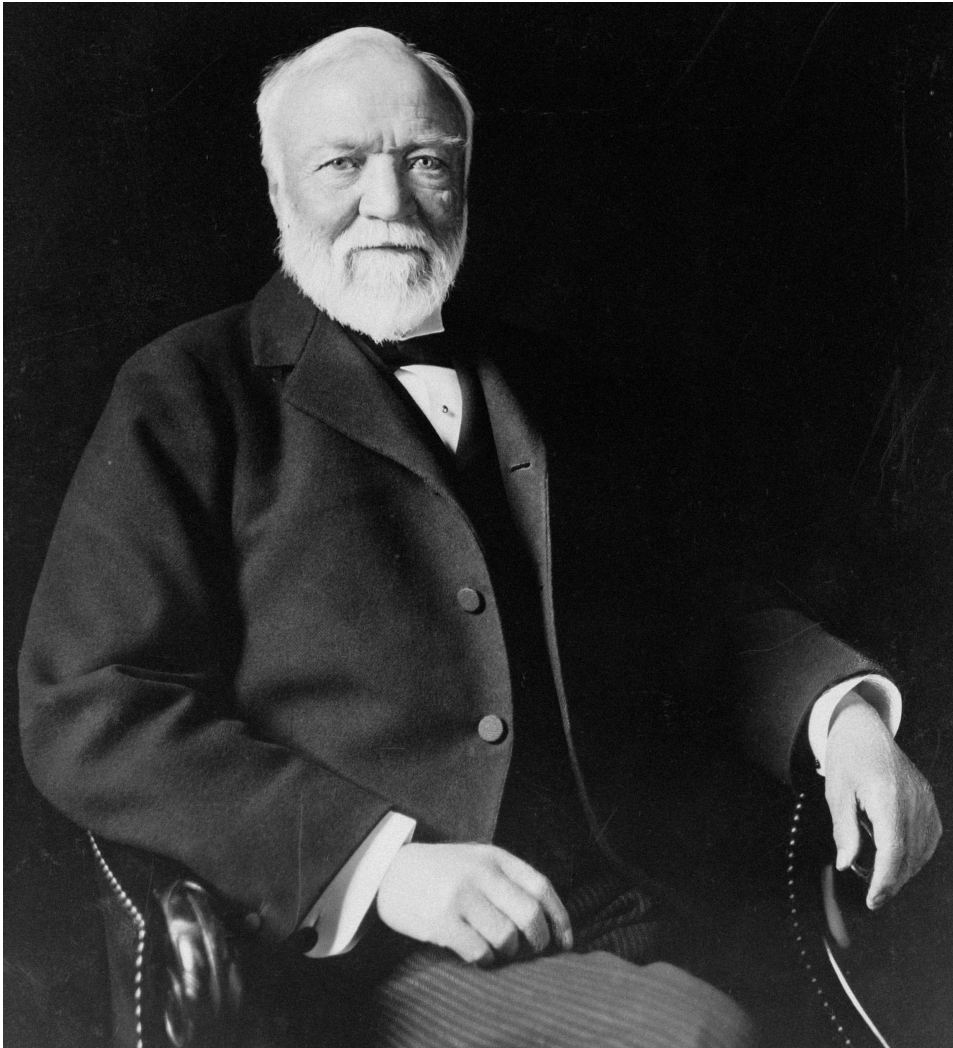
³² Vgl. Lange-Akhund: *The Macedonian Question 1893–1908*, Kapitel 6, S. 290–310. Der Sultan sträubte sich lange gegen eine Verwirklichung dieser Punkte und musste im November 1905 durch eine neuerliche Flottdemonstration (an der sich abgesehen vom Deutschen Reich die europäischen Mächte beteiligten) zum Handeln gezwungen werden.

tische Einheit zu sehen. Damit schuf es eine Voraussetzung für die künftige Existenz der Region als unabhängiger Staat. Drittens zeigen die letztlich doch bescheidenen Erfolge die Schwierigkeiten, tatsächlich eine »gemeinsame Politik« und einen wahren Konsens zwischen den Großmächten zu erreichen. In einer Zeit, als gerade die beiden großen Militärbündnisse, Dreibund und Entente Cordiale, gegründet bzw. erneuert wurden, war es trotz aller Bemühungen nicht möglich, die bestehenden Interessensgegensätze zwischen den Großmächten zugunsten der »mazedonischen Sache« zu überwinden.

Trotz der internationalen Präsenz in Mazedonien gelang es nicht, die Region auf Dauer zu befrieden. 1908 erschütterte die Jungtürkische Revolution auch die europäischen Gebiete des Osmanischen Reiches. In der Folge erklärte sich das bisher autonome Fürstentum Bulgarien zum unabhängigen Königreich, während Österreich-Ungarn die bis dahin formal nur besetzten Provinzen Bosnien und Herzegowina annektierte (und sich mit diesem zwar im Einvernehmen mit Russland, aber höchst ungeschickt durchgeführten Schritt viele Feinde schuf). Griechenland konnte sich endgültig Kreta einverleiben (was die Mächte 1897 noch durch ihre gemeinsame Intervention verhindert hatten), und 1911/12 erwarb Italien Libyen und die Inselgruppe des Dodekanes (um die Insel Rhodos). Im Ersten Balkankrieg 1912/13 wurde Mazedonien zum Schauplatz blutiger Kämpfe und Ausschreitungen. Anders als weiter westlich, wo die europäischen Mächte schließlich 1913 durch eine Flottendemonstration und Blockade die Schaffung des unter internationaler Aufsicht stehenden Fürstentums Albanien erzwangen,³³ blieb eine militärische Intervention in Mazedonien aus. Das mazedonische Gebiet wurde als Ergebnis der beiden Balkankriege zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt.

Dafür aber kam es zehn Jahre nach dem Münchener Programm, von August bis Ende September 1913, zu einer anderen Form der internationalen Präsenz in dieser Region. Eine Kommission, die aus Vertretern der europäischen Mächte (außer Italien) unter der Federführung eines relativen »Newcomers«, den Vereinigten Staaten von Amerika, stand, reiste in die Balkanstaaten, um die Gründe der Kriege der Jahre 1912/13 sowie die mannigfaltigen Folgen für die Zivilbevölkerung zu erforschen. Das Resultat wurde im Frühjahr 1914 in Form des »Report of the International Commission to Inquire into the Causes and Conduct of the Balkan Wars« veröffentlicht. Die beiden Balkankriege waren kurz, sie dauerten zusammen nicht einmal ein Jahr, von Oktober 1912 bis August 1913. Sie wurden aber auffallend blutig und brutal geführt und schufen so im neuen Jahrhundert einen Präzedenzfall für massive Gräueltaten auf beiden Seiten. Zuerst kämpften Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien gegen die Tür-

³³ Vgl. ausführlich Erwin A. Schmidl: Im Land der Skipetaren. Die internationale Friedensoperation in Albanien 1913–1914, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 35/4 (Juli/August 1997), S. 431–440.



Andrew Carnegie, um 1910.

ken; danach bekriegten sich die Sieger gegenseitig – unter Beteiligung Rumäniens und der Türkei, wobei es den Türken in heftigen Kämpfen gelang, die Festung Adrianopel (Edirne) zurückzuerobern. Man schätzt die Zahl der beteiligten Truppen auf insgesamt eine Million – rund 700.000 Serben, Bulgaren, Griechen und Montenegrinern standen 300.000 osmanische Soldaten gegenüber. Nur mit Mühe gelang es den Vertretern der europäischen Mächte, die die Friedensverhandlungen der kriegführenden Staaten auf der Londoner Botschafterkonferenz unter Vorsitz des britischen Außenministers Lord Grey begleiteten, wenigstens einen Konflikt zwischen den Großmächten zu vermei-

den.³⁴ Die osmanische Herrschaft in Europa wurde dadurch praktisch beendet, sieht man von der verbliebenen »Europäischen Türkei« ab. Eines der Hauptschlachtfelder während beider Kriege war Mazedonien.

Die internationale Initiative des Spätsommers 1913 war mit dem Namen Andrew Carnegies verbunden, der im Dezember 1910 die »Carnegie-Stiftung für den Internationalen Frieden« (Carnegie Endowment for International Peace) in Washington D.C. ins Leben gerufen hatte. Carnegie (1835–1919) stammte aus Schottland und war einer der erfolgreichsten Unternehmer seiner Zeit. Seinen Wohlstand verdankte er der Stahlindustrie. Andrew Carnegie war aber auch ein überzeugter Philanthrop und setzte einen Großteil seines Vermögens ein, um die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war er den »Internationalisten« beigetreten, da er an die Schaffung von internationalen Gesetzen glaubte. Auf Anraten des schon erwähnten Fedor Martens unterstützte er auch die Friedenskonferenzen von Den Haag und übernahm 1907 sogar die Finanzierung des Baus des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag. Andrew Carnegie glaubte, dass es – entsprechende Anstrengungen und den Willen der Menschen vorausgesetzt – möglich sei, den Frieden in internationalen Beziehungen zu erhalten. Auch war er überzeugt, dass seine Stiftung durch Bildung die Möglichkeit besäße, den Austausch von Informationen zwischen den Staaten über ihre Rechte und Pflichten im Rahmen des existierenden internationalen Rechts zu verbessern. Die Carnegie Foundation hatte drei Ziele: Sie sollte internationales Verständnis und internationale Zusammenarbeit fördern (Konzept der Prävention von Konflikten), die Gründe und die Auswirkungen von Kriegen vor allem auf die Zivilbevölkerung erforschen und schließlich das aufkommende Konzept des Internationalen Rechts unterstützen. 1912 etablierte die Carnegie Foundation ein eigenes »European Center« in Paris als Teil ihrer Abteilung für Austausch und Bildung. Das Pariser Büro hatte auch die Aufsicht über vier Repräsentanten der Stiftung in Österreich-Ungarn, Großbritannien, im Deutschen Reich und in Japan.³⁵

Andrew Carnegie umgab sich mit bedeutenden Persönlichkeiten aus Bildung und Politik. Zwei Namen sind in diesem Zusammenhang besonders relevant: Nicolas Butler (1862–1947) und Paul Henri d’Estournelles de Constant (1852–1924). Nicolas Butler, Präsident der Columbia University von 1901 bis 1945, war ausschlaggebend für die Entscheidung Carnegies, die Stiftung 1910 zu gründen. Später wurde er ihr Präsident. Er

³⁴ Vgl. L.L. Farrar: Aggression versus Apathy. The limits of nationalism during the Balkan Wars, 1912–1913, in: *East European Quarterly*, vol. 37 (Fall 2003), S. 275.

³⁵ Carnegie Endowment for International Peace (in der Folge: CEIP), *Organizational History Catalogue*. Nach Ersten Weltkrieg wurden sieben Sonderkorrespondenten ausgesandt.

gehörte auch zu jenen Persönlichkeiten, die 1913 die Untersuchung der Balkankriege initiierten.

D'Estournelles de Constant war ein französischer Diplomat, der Posten im Osmanischen Reich, in Montenegro und den Niederlanden innegehabt hatte. 1905 gründete er die Vereinigung für »Internationale Wiedergutmachung« und arbeitete unaufhörlich daran, die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit zu verbreiten. Beide Männer lernten einander 1902 kennen und wurden enge Freunde. Hinsichtlich der Abrüstung wie der Kritik an der Aufrüstung waren sie einer Meinung: »Es ist wahrlich verrückt, öffentliche Mittel zu verwenden, um die Zahl der Kriegsmaschinen und Werkzeuge der Zerstörung zu vervielfachen«³⁶, wie d'Estournelles de Constant 1910 schrieb. 1912 wurde er Präsident des European Center und ein Jahr später Vorsitzender der Balkan-Kommission. Auf den beiden Haager Konferenzen war er Vertreter Frankreichs.

Am 21. Juli 1913 erhielt d'Estournelles de Constant folgende Nachricht von Butler: »Ich möchte, dass sich möglichst rasch eine Kommission, die aus führenden Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die das Europäische Büro bestellen soll, auf den Balkan begibt, um eine Untersuchung durchzuführen, um die Verantwortlichkeiten festzustellen und Beweise zu sammeln hinsichtlich der begangenen Grausamkeiten, um die öffentliche Meinung in Europa und in Amerika aufzuklären.«³⁷ Was hat die Carnegie Foundation in den Konflikt auf dem Balkan gezogen? Von Beginn an befassten sich die »Carnegie-Männer« mit der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in diesen Kriegen. Während der Den Haager Konferenz von 1899 diskutierte die dritte Kommission die Schaffung von internationalen Untersuchungskommissionen als Mittel, um Regional- oder Grenzstreitigkeiten zu beenden.³⁸ Die Berichterstattung der Presse und die Aufregung in den Zeitungsartikeln über das Ausmaß der begangenen Gräueltaten während der Balkankriege 1912/13 veranlassten Nicolas Butler zu handeln. Nach dem zitierten Schreiben an d'Estournelles de Constant wurde eine Kommission geschaffen, die aus acht Mitgliedern – Frankreich, Großbritannien, dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, Russland und den Vereinigten Staaten – bestand. Drei von ihnen waren Universitätsprofessoren, drei weitere Politiker und zwei waren Journalisten. D'Estournelles de Constant stand der Kommission vor. Weitere wohlbekannte Persönlichkeiten waren

³⁶ Schreiben d'Estournelles de Constant an Butler, Paris, 10. März 1910: »Il est vraiment fou de consacrer les ressources publiques à multiplier les engins de guerre et les moyens de destruction«, ähnlich am 20. Dezember 1910. (Rare Books and Manuscripts Library, Columbia University New York = RBML, Butler Papers, vol.112).

³⁷ Schreiben vom 21. Juli 1913 (CEIP/Centre Europeen Records (in der Folge: CER): Papers d'Estournelles de Constant, vol 189). Dieser Brief ist in französischer Sprache verfasst.

³⁸ Vgl. Arthur Eyffinger: *The 1899 Hague Peace Conference*, The Hague 1999, S. 371. Proteste kamen hauptsächlich vonseiten Rumäniens, Serbiens und Griechenlands, da sie weitere Interventionen der Großmächte im Balkanraum befürchteten.



Karte aus: Paul Dehn: *Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme*, Halle 1909.

Paul (Pavel) Nikolajewitsch Miljukow (1859–1943) aus Russland (Geschichtsprofessor und Mitglied der Duma), Professor Samuel Dutton (von der Columbia University) sowie der britische Journalist Henry Noel Brailsford (1873–1958), der freilich für seine pro-bulgarischen Ansichten bekannt war.³⁹ Der Vertreter Österreich-Ungarns in dieser Kommission sollte der bekannte Staatsrechtler Heinrich Lammasch (1853–1923 – 1918 der letzte k.u.k. Ministerpräsident) sein, der Butler und d’Estournelles de Constant bestens kannte. Er musste die Reise aber aus gesundheitlichen Gründen absagen; an seiner Stelle kam der Wiener Rechtsprofessor und Politiker Josef Redlich (1869–1936). Als französischer Vertreter bekam der Balkanspezialist schlechthin, Victor Bérard (1864–1931), von d’Estournelles de Constant das Angebot, in die Kommission zu kommen, lehnte aber ab (die wahren Gründe bleiben trotz eines Briefes aus dem Jahr 1913, der eine Erklärung zu liefern scheint, unklar).⁴⁰ Auch Francis de Pressensé (1853–1914),

³⁹ Schreiben Créans, 23. August 1913 (CEIP/CER: Papers d’Estournelles de Constant, vol. 189): »Brailsford ne s’est nullement caché de ses sentiments pro-bulgares.«

⁴⁰ Vgl. Brief verfasst in Paris, 20. August 1913 (CEIP/CER: Papers d’Estournelles de Constant, vol. 189).

ein bekannter Journalist, der für *Le Temps* und *l'Aurore* schrieb, wurde als Mitglied in Betracht gezogen, da er sich schon früh in der »Mazedonischen Frage« engagiert hatte.⁴¹ Um den Geist der Untersuchung zusammenzufassen, kann der amerikanische Vertreter Samuel Dutton zitiert werden: »The opportunity of gathering materials for new and most impressive propaganda against war is unique. The civilized world has for a moment stood aghast at what we have heard, but the difficulty is that in these days of rush and hurry, a matter is treated more as new sensation and is in danger of being forgotten.«⁴²

Die Reise der Kommission dauerte fast zwei Monate, vom 2. August bis zum 28. September 1913. Sie begann noch vor Kriegsende – die Kämpfe endeten erst mit der Unterzeichnung des Vertrags von Bukarest am 10. August. Die Mitglieder reisten über Wien nach Belgrad, Salonica (Saloniki), Athen und Konstantinopel, dann über Sofia zurück nach Paris. Da es kaum Zeit für die Vorbereitung gegeben hatte und die Behörden des Osmanischen Reiches und der Balkanstaaten sehr spät informiert worden waren, wurde die Kommission mehrere Male gestoppt und ihre Weiterreise verzögert. Paul Miljukow und Professor Walther Adrian Schücking aus Deutschland (1875–1935) wurden in Belgrad angehalten, während Henry Brailsford seine eigenen administrativen Probleme in Griechenland zu lösen hatte. Trotz dieser Schwierigkeiten, und obwohl fast keiner von ihnen die Sprachen der Balkanstaaten beherrschte (die Ausnahmen waren Brailsford und Miljukow), konzentrierten sich die Mitglieder der Kommission auf die Feldarbeit, um durch ausführliche Interviews mit allen Beteiligten Beweise für die Untersuchung zu sammeln. Dadurch wollten sie Informationen von zivilen Zeugen und Opfern erhalten und Beweise für Gräueltaten finden. Sie untersuchten zerstörte Ortschaften, Kirchen bzw. Moscheen und Massengräber. Nach ihrer Ankunft in Sofia im September 1913 schrieb Dutton: »But what an experience: I sometimes feel as though I had been standing on the brink of Hell. I have seen all the horrors of war except the battles themselves and it seems as though this part of the world had dropped back for at least four hundred years.«⁴³ Später hatte Dutton auch ein privates Treffen mit König Ferdinand von Bulgarien und besuchte ein Militärkrankenhaus. Der Bericht wurde relativ schnell zusammengestellt und geschrieben und schon im folgenden Früh-

⁴¹ 1901 reiste einer der Vorsitzenden der IMRO, Boris Sarafov – eine sehr kontroverse Person – nach Paris, um die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die »Mazedonische Frage« zu lenken. Zu dieser Zeit griff Pressensé das Thema in der Presse auf; im November 1901 forderten zwei Abgeordnete während einer Sitzung den Außenminister, Delcassé, heraus. Vgl. den Bericht Müllers, Wien, 10. November 1901 (HHStA PA 15/52 Bulgarien).

⁴² Dutton an Butler, Reading Ridge, Connecticut, 23. Juli 1913 (CEIP/CER: Commission des Balkans – in der Folge CdB –, vol. 121).

⁴³ Dutton an Butler, Sofia, 20. September 1913 (CEIP/CER: CdB, vol. 121).